

## Fragen

für die Fragestunde der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 10. April 2024

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	35, 36	Hauer, Matthias (CDU/CSU)	4, 49
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 41	Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	47, 48
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	23	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	26, 27
Brandner, Stephan (AfD)	5, 6	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	34, 54
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	39, 40	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	24, 55
Bystron, Petr (AfD)	28, 44	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 52
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	50	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	19, 20
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	30, 31	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	37, 51
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	14, 15	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	38, 45
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	29	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	32, 46
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	25, 53	Schattner, Bernd (AfD)	1, 3
Grübel, Markus (CDU/CSU)	11	Sorge, Tino (CDU/CSU)	17, 18
Güler, Serap (CDU/CSU)	9	Vieregge, Kerstin (CDU/CSU)	8, 10
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	42, 43	Vogler, Kathrin (Gruppe Die Linke)	21, 22
Hahn, Florian (CDU/CSU)	12, 13	Vogt, Oliver, Dr. (CDU/CSU)	7, 16

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .....	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

1. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)                      Wie schätzt die Bundesregierung das Eskalationsrisiko für Deutschland im Ukrainekrieg ein?
  
2. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)                      Welche Erkenntnisse zieht der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius aus seinem kürzlich erfolgten Finnland-Besuch hinsichtlich des Zivilschutzes im Kriegs- und Katastrophenfall, und sieht er sich hier zu konkreten Maßnahmen veranlasst, und wenn ja, zu welchen ([www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/zivilschutz-bunker-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/zivilschutz-bunker-100.html) und [www.merkur.de/politik/kommunen-foerdern-mehr-geld-fuer-zivilschutz-und-neue-bunker-zr-92880459.html](http://www.merkur.de/politik/kommunen-foerdern-mehr-geld-fuer-zivilschutz-und-neue-bunker-zr-92880459.html))?
  
3. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)                      Wie ist laut Bundesregierung der momentane Zustand der Bundeswehr?
  
4. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)                Wie viele Angehörige der Bundeswehr sind derzeit jeweils innerhalb und/oder außerhalb Spaniens und Südkoreas daran beteiligt, die Einsatzbereitschaft der an diese Länder verkauften Marschflugkörper Taurus zu gewährleisten, und sind die Marschflugkörper nach Ansicht der Bundesregierung für diese Länder ausschließlich mit Beteiligung von Angehörigen der Bundeswehr einsetzbar?
  
5. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)                      Wie beurteilt das Bundesministerium der Verteidigung die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, und wie hat sich die Verabschiedung des Bundeswehronderverschlusses darauf ausgewirkt?
  
6. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)                      Gibt es im Bundesministerium für Verteidigung Arbeiten an einer grundsätzlichen Reform der Bundeswehr, und gehören dazu auch Überlegungen zur Reaktivierung der Wehrpflicht ([www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/umfrage-bundeswehr-wehrpflicht-dienstpflicht-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/umfrage-bundeswehr-wehrpflicht-dienstpflicht-100.html))?

7. Abgeordneter  
**Dr. Oliver Vogt**  
(CDU/CSU)
- Welche organisatorische Vorlaufzeit (bei Schätzwerten bitte in Best- und Worst-Case-Szenario aufschlüsseln) würde die Bundesregierung für die Einführung einer geschlechtsunabhängigen Musterung benötigen, und welche Herausforderungen identifiziert die Bundesregierung, die eine flächendeckende Wiedereinführung der Musterung erschweren?
8. Abgeordnete  
**Kerstin Vieregge**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Soldaten wurden seit Inkrafttreten des neuen Entlassungstatbestandes (§ 46 Absatz 2a des Soldatengesetzes – SG) aus dem Dienstverhältnis entlassen (bitte nach Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit aufschlüsseln), beziehungsweise wie viele Verfahren (nach § 46 Absatz 2a SG) zur Entlassung aus dem Dienstverhältnis wurden bislang eingeleitet (bitte nach Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit aufschlüsseln)?
9. Abgeordnete  
**Serap Güler**  
(CDU/CSU)
- Welche Optionen einer Wehr- oder Dienstpflicht sieht die Bundesregierung als für Deutschland grundsätzlich sinnvoll und umsetzbar an und lässt diese entsprechend im Bundesministerium der Verteidigung prüfen, nachdem ein Fokus der Gespräche der Reise vom Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius nach Schweden, Norwegen und Finnland Anfang März 2024 das Thema Wehr- oder Dienstpflicht war?
10. Abgeordnete  
**Kerstin Vieregge**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Regelungen und Vorschriften im Beschaffungswesen der Bundeswehr finden seit der Billigung des „Beschleunigungserlasses“ durch den Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Benedikt Zimmer am 25. April 2023 sowie der Weisung des Generalinspektors der Bundeswehr Carsten Breuer vom 26. April 2023 keine Anwendung mehr?
11. Abgeordneter  
**Markus Grübel**  
(CDU/CSU)
- Wie plant das Bundesministerium der Verteidigung angesichts der im Verteidigungsetat fehlenden 4,5 bis 6 Mrd. Euro bis zum 19. April 2024 eine Etatplanung für 2025 vorzulegen, die das 2-Prozent-Ziel erreicht und so die Zusage Deutschlands an die NATO erfüllt ([www.focus.de/politik/deutschland/nato-quote-wackelt-pistorius-schlaegt-alarm-bundeswehr-ehlen-fuer-2025-milliarden-euro\\_id\\_259745707.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/nato-quote-wackelt-pistorius-schlaegt-alarm-bundeswehr-ehlen-fuer-2025-milliarden-euro_id_259745707.html))?

12. Abgeordneter  
**Florian Hahn**  
(CDU/CSU)
- Auf welcher Grundlage kommt der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius zu der Schlussfolgerung, dass die Kopflastigkeit der Streitkräftestrukturen nicht mehr auftragsangemessen sei und die taktische Ebene als Wirkungsträger konsequent gestärkt werden solle und damit auch Aufwuchspotenzial erhalten soll (vgl. [www.kreiszeitung.de/politik/panzer-reform-ukraine-krieg-putin-bundeswehr-nato-pistorius-ampel-koalition-92909449.html](http://www.kreiszeitung.de/politik/panzer-reform-ukraine-krieg-putin-bundeswehr-nato-pistorius-ampel-koalition-92909449.html)), und in welchen Bereichen wurde die weitere Aufwuchsfähigkeit berücksichtigt (bitte ausführen und Verschiebungen von der „Kopflastigkeit“ in die taktische Ebene quantifizieren)?
13. Abgeordneter  
**Florian Hahn**  
(CDU/CSU)
- Wie viel Geld fehlt der Bundeswehr gegenwärtig und nach Auslaufen des Sondervermögens, und fühlt sich der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius veranlasst, vor dem Hintergrund, dass er vor ca. einem Jahr 10 Mrd. Euro mehr für die Bundeswehr forderte und sich innerhalb der Bundesregierung mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnte, zu hoffen, dass er sich beim nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren, anders als beim letzten Haushalt, innerhalb der Bundesregierung durchsetzen können wird, um die identifizierte Haushaltslücke im Einzelplan 14 schließen zu können (vgl. [www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-boris-pistorius-will-zehn-milliarden-pro-jahr-mehr-a-5bda9278-ff2d-4fdc-81be-95e5c8533659](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-boris-pistorius-will-zehn-milliarden-pro-jahr-mehr-a-5bda9278-ff2d-4fdc-81be-95e5c8533659); [www.deutschlandfunk.de/verteidigungsminister-pistorius-fordert-dauerhaft-mehrgeld-fuer-die-bundeswehr-102.html](http://www.deutschlandfunk.de/verteidigungsminister-pistorius-fordert-dauerhaft-mehrgeld-fuer-die-bundeswehr-102.html))?
14. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt läuft der aktuelle Betreibervertrag für die Unterstützungsleistung des Gefechtsübungszentrums Heer (GefÜbZH) aus, so dass eine Folgeleistung zur bruchfreien Sicherstellung des Übungsbetriebs am GefÜbZH zu diesem Zeitpunkt sichergestellt sein muss, und wie hoch ist das Risiko, dass ein bruchfreier Weiterbetrieb des GefÜbZH nach Auslaufen des Betreibervertrages mit dem aktuell beauftragten Industriepartner nicht gewährleistet werden kann (bitte mit ausführlicher Erläuterung, warum dieses Risiko gegebenenfalls besteht und welche Konsequenz eine Unterbrechung des Betriebs unter anderem für die Bundeswehr und verbündete Streitkräfte hätte)?

15. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium der Verteidigung eine Entscheidung getroffen, die Fortsetzung des Betriebs des Gefechtsübungsentrums Heer (GefÜbZH) ab 2026 in Form einer Inhousegesellschaft beziehungsweise eines Behördenmodells und nicht in Form eines Kooperationsmodells mit einem industriellen Partner fortzuführen (bitte gegebenenfalls mit Erläuterung der Gründe für die Entscheidung, Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit und insbesondere der Angabe der Anzahl des benötigten Personals der genannten drei Varianten sowie der angenommenen variantenscharfen jährlichen Gesamtpersonalkosten), und wie lang war die Zeitspanne bei der letztmaligen Vergabe des Betriebs des GefÜbZH an ein externes Generalunternehmen zwischen Beginn des Vergabeverfahrens und Übernahme des Betriebs durch das aktuell beauftragte industrielle Unternehmen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

16. Abgeordneter  
**Dr. Oliver Vogt**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vorkehrungen sieht die Bundesregierung vor, um im Verteidigungs- und Bündnisfall die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, und welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus den gezielten russischen Angriffen auf die Lebensmittelinfrastruktur in der Ukraine für die Sicherheit ebendieser Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

17. Abgeordneter  
**Tino Sorge**  
(CDU/CSU)
- Welche genauen Maßnahmen soll die gegenüber dem Bundesrechnungshof zugesagte kritische Aufarbeitung (siehe Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 25. März 2024) der Beauftragung der zuvor auch für die SPD tätigen Agentur brinkertlück creatives mit der Impfkampagne „Ich schütze mich“ durch das Bundesministerium für Gesundheit umfassen, und gibt es hierfür einen Zeitplan?

18. Abgeordneter  
**Tino Sorge**  
(CDU/CSU)
- Welche im Bericht des Bundesrechnungshofes an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 25. März 2024 erwähnte „Fehleinschätzung bei der Ermittlung von Tatsachengrundlagen“ (S. 17) wurde genau durch das Bundesministerium für Gesundheit getroffen, und inwieweit wirkte sich diese auf das Vergabeverfahren aus?
19. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bewusst, dass mit der zum 1. April 2024 geltenden Regelung des § 3 Absatz 1 Satz 1 des Medizinal-Cannabisgesetzes (MedCanG), wonach „Cannabis zu medizinischen Zwecken nur von Ärztinnen und Ärzten verschrieben oder im Rahmen einer ärztlichen Behandlung verabreicht oder einem anderen zum unmittelbaren Verbrauch überlassen werden darf“, nach mir vorliegenden Informationen die bisher geltenden betäubungsmittelrechtlichen Auflagen für Medizinal-Cannabis wegfallen und ein Arzt somit Cannabis auf Privatrezept auch für Personen verschreiben darf, die das Cannabis nicht aufgrund medizinischer Notwendigkeit benötigen, sondern tatsächlich als „Genussmittel“ konsumieren, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um solchen Missbrauch zu verhindern?
20. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen fachlichen Gründen sind die fünf Bundeswehrkrankenhäuser in Deutschland nach meiner Kenntnis in dem nun öffentlich bekannt gewordenen Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für ein Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (KHVVG) (vgl. [www.aerzteblatt.de/nachrichten/150016/Lauterbach-legt-lang-erwarteten-Gesetzesentwurf-zur-Krankenhausreform-vor](http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/150016/Lauterbach-legt-lang-erwarteten-Gesetzesentwurf-zur-Krankenhausreform-vor)) neben den Fachkliniken und den BG-Kliniken nicht aus der allgemeinen Krankenhausplanung herausgenommen, und beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundeswehrkrankenhäuser im Rahmen der weiteren Verhandlungen zur Krankenhausreform aus der künftigen allgemeinen Krankenhausplanung wieder herauszunehmen?
21. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie genau wird die im Krankenhaustransparenzgesetz vorgesehene „Stelle“ (§ 135d Absatz 1 Satz 3 des Krankenhaustransparenzgesetzes) eingerichtet, und wann werden entsprechende Aufträge dazu vergeben?

22. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie soll vermieden werden, dass die vom Krankenhaustransparenzgesetz beabsichtigte Transparenz nicht zu nach meiner Einschätzung möglichen Fehlanreizen führt, etwa der Ablehnung von Patientinnen und Patienten mit zu vielen Nebenerkrankungen oder dem „Kränkermachen“ von Patientinnen und Patienten auf dem Papier, und teilt die Bundesregierung meine Befürchtung, dass die Verknüpfung von Qualitätsmessung und -sicherung mit ökonomischen Anreizen oder Strafen, wie im Krankenhaustransparenzgesetz vorgesehen, eher für eine Vertuschungs- als für eine offene Fehlerkultur sorgen könnte?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr**

23. Abgeordneter  
**Dr. Reinhard  
Brandl**  
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt genau will das Bundesministerium für Digitales und Verkehr Werkzeuge und Mechanismen gemäß des Anhangs 3 der Abschlusserklärung des G7-Treffens der Digitalministerinnen und -minister in Verona und Trient in Italien vom 14. und 15. März 2024 ([https://assets.innovazione.gov.it/1710505409-final-version\\_declaration.pdf](https://assets.innovazione.gov.it/1710505409-final-version_declaration.pdf)) für die Beobachtung der Anwendung des Verhaltenskodexes des Hiroshima Artificial Intelligence Process (HAIP) durch Organisationen, die sich auf freiwilliger Basis den Ergebnissen des HAIP verpflichten, entwickeln, um Verantwortlichkeit in der Entwicklung von fortschrittlichen KI-Systemen (KI: Künstliche Intelligenz) zu fördern und die Wirkung und die Effektivität des Verhaltenskodex des HAIP zu verstehen?

24. Abgeordnete  
**Cornelia Möhring**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher konkret ergriffen, um das Erbringen von Leistungen der DB Engineering&Consulting GmbH (DB E&C) beim brasilianischen Bahnprojekt Grão Pará Maranhão (GPM) auf die Einhaltung umstrittener Landrechte, Menschen- und Umweltrechte sowie der Inhalte des Übereinkommens über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169) zu verpflichten in Brasiliens Bundesstaat mit den meisten Morden landesweit im Zusammenhang mit sozio-ökologischen und landrechtlichen Konflikten (<https://g1.globo.com/ma/maranhao/noticia/2023/11/17/maranhao-e-o-estado-do-pais-com-o-maior-numero-de-assassinatos-de-quilombolas-aponta-pesquisa.ghtml>), und welche konkreten Leistungen hat die DB E&C im Rahmen des GPM bisher erbracht (Art der Leistung, Ort, Personalaufwand, Auftragsvolumen in Euro)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

25. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Wird der Bund, angesichts der deutlichen Kostensteigerungen von 2,1 Mrd. Euro auf 3,7 Mrd. Euro, mehr als die geplanten 1,9 Mrd. Euro für die Uni-Medizin in Cottbus bereitstellen ([www.maz-online.de/brandenburg/universitaetsmedizin-in-cottbus-was-steckt-hinter-dem-milliardenprojekt-JJAVZSHLRNANTDVAEGNVR4EFEU.html#:~:text=Zuk%C3%BCnftiges%20Zentrum%20der%20staatlichen%20Universit%C3%A4tsmedizin,%20DKlinikum%20\(CTK\)%20Cottbus.&text=Ihm%20S%C3%BCnden%20Brandenburgs%20sollen%20Mediziner,bei%203%2C7%20Milliarden%20Euro\)?](http://www.maz-online.de/brandenburg/universitaetsmedizin-in-cottbus-was-steckt-hinter-dem-milliardenprojekt-JJAVZSHLRNANTDVAEGNVR4EFEU.html#:~:text=Zuk%C3%BCnftiges%20Zentrum%20der%20staatlichen%20Universit%C3%A4tsmedizin,%20DKlinikum%20(CTK)%20Cottbus.&text=Ihm%20S%C3%BCnden%20Brandenburgs%20sollen%20Mediziner,bei%203%2C7%20Milliarden%20Euro)?))?
26. Abgeordneter  
**Thomas Jarzombek**  
(CDU/CSU)
- Wie viele laufende Förderprogramme existieren im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, und wie viele Projekte werden je Ressort insgesamt gefördert?
27. Abgeordneter  
**Thomas Jarzombek**  
(CDU/CSU)
- Wie hat sich das Verhältnis zwischen den Kosten für den laufenden Betrieb der Bescheinigungsstelle Forschungszulage und dem Output in Form der Höhe der gewährten Steuergutschrift seit dem Jahr 2021 entwickelt (bitte tabellarisch darstellen entlang der Haushaltsjahre)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

28. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Wie viele christliche Geistliche (Pfarrer, Priester, Ordensmänner) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2017 aus Russland bzw. der Ukraine oder Belarus ausgewiesen (auch Verweigerung der Einreise), dort inhaftiert, ermordet beziehungsweise aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt ([www.kirche-und-leben.de/artikel/buergerrechtler-drei-katholische-priester-in-belarus-festgenommen](http://www.kirche-und-leben.de/artikel/buergerrechtler-drei-katholische-priester-in-belarus-festgenommen))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

29. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gebhart**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Emissionszertifikate müsste die Bundesregierung nach der Europäischen Lastenteilungsverordnung bis ins Jahr 2030 gemäß ihren aktuellen Treibhausgas-Projektionen zukaufen?
30. Abgeordnete  
**Astrid Damerow**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Offshore-Windkraft in der Nord- und Ostsee für notwendig an, um die geplanten Ausbauziele zu erreichen?
31. Abgeordnete  
**Astrid Damerow**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, in den sogenannten Beschleunigungsgebieten für Offshore-Windkraft auf die Umweltverträglichkeitsprüfung zu verzichten?
32. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Anträge auf Ausnahme vom Besserstellungsverbot wurden seit Januar 2022 von Forschungseinrichtungen im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beziehungsweise im Bundesministerium der Finanzen eingereicht, und wie viele davon wurden jeweils bereits beantwortet, vor dem Hintergrund, dass meiner Information nach weiterhin von nicht bearbeiteten Ausnahmetatbeständen aus Forschungseinrichtungen zu hören ist?

33. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung angesichts des Zusammenbruchs des Signa-Konzerns aus der Tatsache, dass in Deutschland seit Jahren zwei grundunterschiedliche Bilanzrechte für Immobilien nebeneinanderstehen, nämlich das traditionelle Handelsrecht, das eher den Schutz der Gläubiger im Blick hat, und das anglo-amerikanische Bilanzrecht des „International Financial Reporting Standards – IFRS“, das eher auf hohe Renditen und hypothetische Marktwerte ausgerichtet ist (siehe dazu: [www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/lehren-aus-dem-fall-signa-wir-muessen-strukturfehler-der-kapitalmarktorientierten-immobilienwirtschaft-korrigieren-10958833.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/lehren-aus-dem-fall-signa-wir-muessen-strukturfehler-der-kapitalmarktorientierten-immobilienwirtschaft-korrigieren-10958833.html) sowie Druckfassung vom 2. April 2024, Seite B 18), und wie positioniert sich die Bundesregierung zur Meinung von Franziska Eichstädt-Bohlig im obigen Artikel, dass diese Bilanzierung nach dem „IFRS“ eine der wesentlichen Ursachen für die hohen Immobilienpreise, insbesondere bei Gewerbe, ist und zu den vielfach überzogenen Mietforderungen führt, welche im Ergebnis viele Einzelhandels- und sonstige Geschäfte wie Restaurants nicht mehr rentabel machen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

34. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Nach welchen Standards und in welchen Größenordnungen bei landwirtschaftlicher Nutzfläche plant die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) im Auftrag der Bundesregierung, von 89.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche (Stand: 1. Januar 2024) in den ostdeutschen Ländern noch 17.800 Hektar an das „Nationale Naturerbe“ zu übertragen ([www.bauernverband-mv.de/bund-will-letzte-ackerflaechen-des-ostens-verschleudern/](http://www.bauernverband-mv.de/bund-will-letzte-ackerflaechen-des-ostens-verschleudern/))?
35. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Zu wie vielen Kontoinhabern in Partnerstaaten, die in Deutschland steuerlich ansässig sind, gab es im Rahmen der Teilnahme an dem automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG) einen Datenaustausch mit Behörden der Partnerstaaten seit der Einführung des Gesetzes, und zu wie vielen Ermittlungsverfahren hat dies bisher geführt (bitte nach Jahren auflisten)?

36. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Zu wie vielen Kontoinhabern in der Türkei, die in Deutschland steuerlich ansässig sind, gab es im Rahmen der Teilnahme an dem automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG) einen Datenaustausch mit türkischen Behörden seit der Einführung des Gesetzes, und zu wie vielen Ermittlungsverfahren hat dies bisher geführt (bitte nach Jahren auflisten)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat**

37. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen im Einzelnen zu benennenden Gründen sieht der Beschluss der Bundesregierung zur Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) zur Umsetzung der Vorhaben „Exekutiver Fußabdruck“ und „Synopse“ vom 6. März 2024 vor, dass Gesetzesvorlagen zu Änderungsgesetzen eine Synopse lediglich beigefügt werden „soll“, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (S. 8) – ausnahmslos – vereinbart ist, dass Gesetzentwürfen der Bundesregierung künftig eine Synopse beigefügt „wird“, und wie vielen Gesetzesvorlagen zu Änderungsgesetzen hat die Bundesregierung seit dem 8. Dezember 2021 eine Synopse beigefügt bzw. nicht beigefügt (bitte die Gesamtzahl der Gesetzesvorlagen der Bundesregierung sowie der Gesetzesvorlagen mit bzw. ohne beigefügte Synopse nummerisch angeben)?
38. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Seit wann hatte die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass ein SINA-Laptop mit der auch von Sicherheitsbehörden und Stellen des Bundes verwandten Software SINA zur sicheren Verarbeitung von Daten bis zum Geheimhaltungsgrad STRENG GEHEIM laut Medienberichten an russische Geheimdienste übergeben worden sein soll ([www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-spionage-oesterreich-marsalek-egisto-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-spionage-oesterreich-marsalek-egisto-100.html)), und hat die Bundesregierung Maßnahmen zum Schutz sensibler Daten bei der künftigen Verwendung der Software SINA ergriffen, und wenn ja, welche?

39. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Personen lebten zum letzten verfügbaren Stand in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 31 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wurde, wonach Betroffenen häuslicher Gewalt mit abgeleitetem Aufenthaltsrecht ein eigenständiger Aufenthaltstitel, unabhängig von der ansonsten erforderlichen dreijährigen Mindestbestandszeit der Ehe, zu erteilen ist, und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals seit 2014 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
40. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche qualitativen und quantitativen Angaben kann die Bundesregierung zum Einsatz von Metallschienen mit Stacheln bei Abschiebungen machen, mit denen mindestens eine Person Berichten zufolge während eines Abschiebeflugs nach Gambia Mitte März 2024 durch die Bundespolizei geknebelt und verletzt worden sein soll (<https://antir.anetlsa.de/archive/3952>, etwa: seit wann werden solche Metallschienen eingesetzt, wie häufig hat die Bundespolizei bislang davon Gebrauch gemacht, bei welchen Zielstaaten kamen die Metallschienen zum Einsatz etc.), und wie wird der Einsatz solcher Metallschienen gerechtfertigt, vor dem Hintergrund, dass nach den Bestimmungen über die Rückführung ausländischer Staatsangehöriger auf dem Luftweg (Best Rück Luft) nach meiner Kenntnis darauf zu achten ist, dass die freie Atmung der Betroffenen zu jeder Zeit gewährleistet sein muss (vgl. <https://fragdenstaat.de/dokumente/1992-bestimmungen-uber-die-rueckfuhrung-auslandischer-staatsangehoeriger-auf-dem-luftweg-best-rueck-luft/?page=25>) und ich mir kaum vorstellen kann, unter welchen Umständen der Einsatz einer solchen Schiene, die nach Angaben des Betroffenen sehr schmerzhaft war, ihn über 18 Stunden am Essen und Trinken gehindert haben soll und schließlich durch einen Arzt entfernt werden musste, verhältnismäßig sein könnte (<https://alkambatimes.com/bounded-mouth-gagge-d-german-authorities-accused-of-mistreating-gambian-deportee/>)?
41. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, gegen wie viele Bundespolizisten „derzeit Disziplinarverfahren oder Ermittlungen wegen Verdachts auf eine rechtsextremistische Gesinnung und/oder das Vertreten von Verschwörungsideologien“ geführt werden (ähnlich wie gegen rund 400 Polizisten der 16 Bundesländer, siehe dazu: [www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/polizisten-extremismusverdacht-medienbericht-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/polizisten-extremismusverdacht-medienbericht-100.html)), und aus welchen Gründen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

42. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(Gruppe Die Linke) In welchem Umfang kamen seitens der anerkannten Hilfsorganisationen materielle und personelle Unterstützung nach Kenntnis der Bundesregierung in der Ukraine seit Februar 2022 zum Einsatz?
43. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(Gruppe Die Linke) In welchem Umfang kamen seitens der anerkannten Hilfsorganisationen materielle und personelle Unterstützung nach Kenntnis der Bundesregierung in Gaza seit Oktober 2023 zum Einsatz?
44. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD) Hat sich die Bundesregierung zur Nichtdurchführung von Präsidentschaftswahlen in der Ukraine eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese (vgl. [www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/wolodymyr-selenskyj-praesidentschaftswahl-ukraine-krieg](http://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/wolodymyr-selenskyj-praesidentschaftswahl-ukraine-krieg))?
45. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke) Wie viele deutsche Staatsangehörige haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2014 in der Russischen Föderation und den von Russland seither besetzten Gebieten bei Wahlen, Referenden oder der Vorbereitung dazu aufgrund wessen Einladung als sogenannte „Wahlbeobachter“ oder Ähnlichem engagiert (bitte aufschlüsseln nach den Präsidentschaftswahlen 2018 und 2024, den Duma-Wahlen 2016 und 2021 und den Referenden 2014 und 2022 sowie nach Anzahl, Veranstalter bzw. einladender Organisation und Parteizugehörigkeit in Deutschland)?

46. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)

Was erwarten das Auswärtige Amt sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der gegenwärtigen Situation betreffend die Vorwürfe von Verstrickungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (englisch: United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, kurz UNRWA) mit der Hamas (vgl. [www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/israel-palaestina-hilfswerk-unrwa-hamas-un-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/israel-palaestina-hilfswerk-unrwa-hamas-un-100.html)) bei ihrer aktuellen Prüfung, was die Zahlungen an UNRWA in Gaza rechtfertigen würde, und wie stellen die beiden Häuser sicher, dass die laut Pressemitteilung bereits wieder aufgenommenen Zahlungen für UNRWA in umliegenden Staaten ([www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/unrwa/2650306?pk\\_campaign=newsletter\\_Pressemitteilung\\_2024\\_03\\_25](http://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/unrwa/2650306?pk_campaign=newsletter_Pressemitteilung_2024_03_25)) nicht gegen Israel verwendet werden, wissend, dass beispielsweise die Hisbollah aus dem Libanon heraus Israel ebenfalls angreift ([www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-libanon-lage-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-libanon-lage-100.html))?

47. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(Gruppe BSW)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihr politisches Handeln (insbesondere für Genehmigungen deutscher Waffenexporte an Israel) aus dem tödlichen Angriff israelischer Streitkräfte auf die Mitglieder der internationalen Hilfsorganisation World Central Kitchen in Gaza (siehe dazu [www.rnd.de/politik/world-central-kitchen-chef-de-r-ngo-wirft-israel-bewusste-toedliche-attacke-auf-helfer-vor-L4B7UBYUVRFPDDSD2IFGKBFQZ4.html](http://www.rnd.de/politik/world-central-kitchen-chef-de-r-ngo-wirft-israel-bewusste-toedliche-attacke-auf-helfer-vor-L4B7UBYUVRFPDDSD2IFGKBFQZ4.html)), und gedenkt die Bundesregierung, die durch den nach erhobenen Vorwürfen mutmaßlich gezielten Angriff auf die Mitglieder der internationalen Hilfsorganisation entstandene Lücke von humanitärer Hilfe für die laut UNO (englisch: United Nations Organization, Vereinte Nationen) von akuter Hungersnot bedrohte Bevölkerung im Gazastreifen auszugleichen beziehungsweise auf die israelische Regierung einzuwirken, dass die Lieferung humanitärer Hilfe im Gazastreifen sicher gewährleistet werden kann (vgl. <https://taz.de/Israelischer-Angriff-auf-Hilfskonvoi/!5999771/> sowie <https://unric.org/de/gaza-gesamte-bevoelkerung-akut-von-hungersnot-bedroht/#:~:text=Die%20gesamte%20Bev%C3%B6lkerung%20des%20Gazastreifens,einer%20%E2%80%9Ekatastrophen%E2%80%9C%20Mangelversorgung%20litten?>)?

48. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(Gruppe BSW)
- Auf welche konkrete Quelle hat sich der Sprecher des Auswärtigen Amts bezogen, die bestreiten soll, dass es sich bei dem mutmaßlich israelischen Luftangriff in Damaskus um das iranische Konsulatsgebäude handelt (siehe dazu dpa-Meldung „Bundesregierung zurückhaltend bei Bewertung von Angriff in Damaskus“ am 3. April 2024), und betrachtet die Bundesregierung grundsätzlich Anschläge gegen diplomatische und konsularische Einrichtungen als Verstoß gegen das Völkerrecht (vgl. mit der Position von Peter Stano, dem Sprecher der Europäischen Kommission, siehe dazu rtr-Meldung „EU verurteilt Angriff auf iranisches Botschaftsgelände in Damaskus“ am 3. April 2024 sowie <https://x.com/ExtSpoxEU/status/1775507952683671680?s=20>)?
49. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Welche Gespräche, Telefonate, Treffen, schriftliche Korrespondenz und/oder anderweitige Kommunikation gab es seit dem 1. Februar 2022 zwischen Mitgliedern der Bundesregierung (inkl. Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre, Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) und Gerhard Schröder (bitte die letzten neun Treffen nach Zeitpunkt, Beteiligten und Inhalten aufschlüsseln), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung mittlerweile über die Inhalte der Gespräche, die Gerhard Schröder in der 10. Kalenderwoche 2022 in Moskau geführt hat?
50. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Haben zivilgesellschaftliche Organisationen in arabischen Ländern die Zusammenarbeit bei Projekten mit deutschen Institutionen wie etwa Botschaften, deutschen Stiftungen, den Deutschen Schulen, Universitäten oder anderen mit Bundesmitteln geförderten Institutionen im Ausland wegen Deutschlands Haltung im Gaza-Krieg eingestellt oder ausgesetzt, und wenn ja, welche (bitte Organisationen und betroffene Projekte nach Ländern auflisten)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

51. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 72 auf Bundestagsdrucksache 20/8804 angegebene Auswertung des Beschlusses des Bundesarbeitsgerichts vom 13. September 2022 – 1 ABR 22/21 – im Hinblick auf seine Bedeutung für eine Arbeitszeiterfassung im staatsanwaltschaftlichen Dienst des Generalbundesanwalts inzwischen abgeschlossen, und wenn ja, mit welchem konkret aufzuführenden Ergebnis, beziehungsweise wenn nein, aus welchen konkret aufzuführenden Gründen nicht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

52. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Sieht der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil gegenwärtig Anlass dazu, das Rentensystem dergestalt zu reformieren, dass auch Selbstständige zukünftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen (vgl. [www.merkur.de/wirtschaft/beamte-neue-rentenzahler-polizei-kritisiert-ampel-idee-hubertus-heil-rente-zr-92887245.html](http://www.merkur.de/wirtschaft/beamte-neue-rentenzahler-polizei-kritisiert-ampel-idee-hubertus-heil-rente-zr-92887245.html), zuletzt abgerufen am 14. März 2024)?
53. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Um wie viel Prozent sind der Mindestlohn, das Bürgergeld und der Grundfreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer seit 2015 im Verhältnis zu den Verbraucherpreisen gestiegen, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die ökonomischen Anreize für erwerbslose Bürgergeldbezieher, eine Arbeit aufzunehmen?
54. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen eingeleitet, um im Sinne des Artikels 11 Absatz 1 des UN-Sozialpakts zum angemessenen Lebensstandard („Abschließende Bemerkungen“ des UN-Sozialausschusses vom Herbst 2018) zur Finanzierung einer gesunden Ernährung die Berechnung des Bürgergeldes so methodisch umzustellen, dass der für Ernährung vorgesehene Berechnungsanteil der Regelsätze die realen Kosten für eine gesunde und ausreichende Ernährung wirklichkeitsgetreu abbildet ([www.fian.de/aktuelles/neuer-artikel-zu-recht-auf-nahrung-und-buergergeld/](http://www.fian.de/aktuelles/neuer-artikel-zu-recht-auf-nahrung-und-buergergeld/)), und wenn ja, welche, und plant die Bundesregierung zukünftig entsprechende Maßnahmen, und wenn ja, welche?

55. Abgeordnete  
**Cornelia Möhring**  
(Gruppe Die Linke)

Welche konkreten Maßnahmen gemäß des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten hat die Bundesregierung bisher eingeleitet im Zusammenhang mit den Vorwürfen und Klagen von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen den türkischen Zulieferer Agrobay des deutschen Lebensmitteldiscounters Lidl (<https://amp.dw.com/de/türkei-lieferant-für-discounter-lidl-in-der-kritik/a-68124605>), und welche rechtliche Relevanz in dem Fall entfaltet bei den Maßnahmen der Bundesregierung das vorliegende EurepGAP-Zertifikat des inkriminierten Zulieferers?



